

Ressort: Politik

Kinderschutzbund will Wiedereinführung des Familiennachzugs

Berlin, 30.01.2018, 09:15 Uhr

GDN - Der Präsident des Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers, hat Union und SPD aufgefordert, in ihren Koalitionsverhandlungen die Wiedereinführung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus zu beschließen. Deutschland habe alle internationalen Abkommen unterschrieben, Familien in Not unbürokratisch zu helfen, sagte Hilgers der "Rheinischen Post" (Dienstagsausgabe).

Schon ein eingeschränkter Schutz habe nichts mit unbürokratischem Vorgehen zu tun. Deutsche Politiker sprächen in anderen Ländern über Menschenrechte, sollten sie dann aber auch in Deutschland umsetzen. "Menschenrechte sind nicht nur für Schönwetterzeiten", sagte Hilgers. "Kinder, die von ihren Familien getrennt sind, leiden furchtbar. Die Kinder, um die es geht, sind außerdem durch Flucht und Krieg traumatisiert. Sie alle brauchen ihre Familie umso mehr." Es handele sich um vergleichsweise wenige Menschen. Der Familiennachzug ist bis zum 11. März ausgesetzt und soll es nach dem Willen der Union vorerst auch bleiben. Die SPD drängt darauf, die Frist nur noch bis zum 31. Juli dieses Jahres zu verlängern.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-101370/kinderschutzbund-will-wiedereinfuehrung-des-familiennachzugs.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com